

83 Prozent der Berliner wollen mehr Videoüberwachung

BERLIN – Das Bedürfnis der Berliner nach mehr Sicherheit, ist überwältigend. Das zeigt die anhaltende Diskussion um die Sicherheitsmaßnahmen auf dem Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz. Jetzt veröffentlichte die *Berliner Zeitung* eine repräsentative Umfrage des Forsa Instituts, nach der 83 Prozent der Bürger die Videoüberwachung auf zentralen Plätzen, im Personennahverkehr und Stadien für richtig halten. Warum die Tageszeitung im Einstiegssatz des Artikels dennoch wacker festhält „Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist umstritten“, das bleibt uns Lesern ein Rätsel. Da war wohl der Wunsch Vater des Gedankens...

Sicherheitsexperten und Polizei fordern seit Jahren eine verstärkte Videoüberwachung des öffentlichen Raums an Brennpunkten.

Hollywood-reifer Überfall auf Geldtransporter am Alex

BERLIN – Passanten, die zufällig in der Nähe standen, fühlten sich später an einen Hollywood-Thriller erinnert... Gestern morgen gegen 7.30 Uhr stoppten mehrere maskierte Männer einen Geldtransport der Sicherheitsfirma *WSN Sicherheit und Service GmbH* in unmittelbarer Nähe des Alexanderplatzes (Schillingstraße).

Mit Schusswaffen bedrohten die Kriminellen die Mitarbeiter im Fahrzeug, brachen dann die Hintertür des Fahrzeugs auf und

nahmen mehrere Kisten aus dem Innenraum mit. Auf ihrer Flucht in einem Audi und einem Mercedes nahm ein Polizeiwagen, der zufällig in der Nähe unterwegs war, die Verfolgung über eine Spreebrücke in Richtung Kreuzberg auf. Aus einem der Täterfahrzeuge wurde daraufhin auf den Streifenwagen ein Schuss abgegeben. Die Beamten brachen daraufhin die Verfolgung ab.

SPIEGEL Online berichtete, dass es am Ort der Tat keine Videoüberwachung gebe und ein Ladenbesitzer vor Ort wird zitiert: „Wie kann man mit einem Geldtransporter in so eine tote Straße fahren?“

Bündnis für mehr Videoüberwachung überwindet erste Hürde

Berlin - 20.000 Unterschriften sind notwendig, am Ende waren es 25.083, die der frühere Justizminister Thomas Heilmann (CDU) und der frühere Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) gestern beim Innensenator einreichten. Damit haben die Initiatoren die erste Hürde des *Volksbegehrens für mehr Videoaufklärung und Datenschutz* locker genommen. Sie weisen darauf hin, dass es bei ihrem Vorstoß nicht um eine flächendeckende Videoüberwachung geht, sondern um etwa 50 Orte in der Metropole, die als Kriminalitätsschwerpunkte gelten. Die Polizeibehörden wählen die Orte aus, die überwacht werden sollen und nur dann werden die Aufnahmen verwendet, wenn darauf Straftaten festgehalten wurden. Die Innenverwaltung prüft jetzt, ob der Gesetzentwurf der Initiatoren rechtlich

zulässig ist.